

# Deutsche Rundschau

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Frieden / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 27. Mai 1930

Nummer 122

Unter dem roten Banner der Kommunistischen Partei

## Zum Generalangriff gegen den Faschismus!

KPD-Arbeiter erklären: „Wenn die KPD gegen die Faschisten auftritt, sind wir dabei!“

### Neue Bluttaten der faschistischen Banditen

#### Aus dem Hinterhalt niedergeschossen

Mannheim, 26. Mai. (Eigene Meldung) Als nach Schluss des Plärrischen Bezirksparteitages der KPD in Pirmasens, der einen wütigen Verlauf nahm (4000 Arbeiter beteiligten sich), Delegierte der Weltplatz im Auto die Stadt verließen wollten, lauerten am Wegrand Faschisten das Auto mit einem Augel legten, wobei ein Arbeiter aus Pirmasens sofort tot zusammenbrach. Es entstand eine gewaltige Straßenschlacht, bei der 5 Arbeiter lebensgefährlich verletzt wurden, 14 sind leicht verletzt. Alle Verletzungen sind Schußwunden. Die Polizei konnte zwei der Täter sofort festnehmen, die aber sofort wieder auf freien Fuß gebracht wurden, und auch nochmals als die Polizei nicht etwas gegen die Faschisten vor, sondern endgültig wurden die Straßen von den Arbeitern übernommen.

#### Brügel für die faschistischen Banditen

Eilen, den 27. Mai. Als Macht zum Nachkampf der Metallarbeiter gegen Lohnausfälle und Massenentlassungen marschierten am Sonntag in Duisburg 20 000 Arbeiter aus dem Ruhrgebiet auf. Auf der Rückfahrt wurde ein überwiegend mit Frauen besetztes Polizeiauto einer Naziübermacht aus dem Rücken überfallen. Über 100 Übermänner wurden sie in die Flucht geschlagen. Dassiele gelobt kurz vor Kochum, wo drei Nazisautoe zwei mit Arbeitern besetzten Polizeiautos begegneten. Als die ersten mit Steinwürfen angreiften, legten sich die Arbeiter zu Wehr, und die Nazis muhten mit vielen Verletzten das Feld räumen.

#### Jahrelange SPD-Arbeiter verletzt

Altenburg, den 27. Mai. Hier kam es in einer Naziveranstaltung zu einem schweren Zusammenstoß, wobei 30 Personen, darunter zwei Gedächtnisbeamte, verletzt wurden. Die Naziveranstaltung war zum großen Teil von SPD-Arbeitern besucht. Als ein sozialdemokratischer Redner gesprochen hatte, eröffneten die Nazis den Kampf. Die bürgerliche Presse berichtet, daß es sich lediglich um einen „planmäßig vorbereiteten Überfall“ gehandelt habe. Sie behauptet also das falsche, was sonst die SPD-Presse und erst jüngst die Dresdner Volkszeitung bei den Heidenauern vorhielten gegenüber den kommunistischen Arbeitern behauptete. Wir würden die gleichen Sumpfer begehen wie die sozialdemokratischen Redakteure, würden wir uns dem Unrat der bürgerlichen Journalisten anschließen. Im Gegenteil, die SPD-Arbeiter haben recht gehandelt, als sie die sozialdemokratischen Propagandisten zurückdrängten.

#### SPD-Arbeiter an der Seite der Kommunisten

Hamburg, den 27. Mai. Der Stahlhelm-Walzefaktor hatte am Sonntag in Hamburg einen „Werbestandort“ und benutzte ihn zu einer Revolution in

den Arbeiterspielen. Ein Teil des Zuges wurde von den Arbeitern auseinandergehauen, wobei sich die Polizei des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Schärfeloh wie toll benahm. Arbeiterspielen wurden von der Polizei niedergeschlagen. Ein Arbeiterspieler verlor einen Arbeiter durch drei Schüsse schwer. Bezeichnend ist die Teilnahme einer großen Anzahl von Reichsarbeitsamtarbeitern und besonders sozialdemokratischen Jungarbeitern, von denen einer erklärte: „Wenn die KPD zum Kampf gegen den Faschismus austritt, sind wir immer da.“ Ein Trupp Jungarbeiterkameraden erklärte: „Wir wollen von jetzt ab mit dem Reichsherrn nichts mehr zu tun haben. Wir treten in die KPD ein.“

Je mehr die Nazi-Proletarien gegenüber den Arbeitern sich häufen, je mehr auch die SPD- und Reichsbanner-

arbeiter an der Seite der Kommunisten zum Gegenangriff schreiten, um so mehr wird das Verhalten der sozialdemokratischen Freiheit. „Zusammenfassung der Brügel-Partei“ scheint die „linkssozialdemokratische Hoffnung für die Oberlausitz“. Die Zusammenfassung zwischen den Kommunisten und sozialdemokratischen Gewerkschaften ist weiter allmählich in einer unerträglichen Lage“, meint das Dresdner SPD-Büro. „Den Auswirkungen eines politischen Kommandums endlich Einhalt zu gebieten“ fordert das sozialdemokratische Zentralorgan in Berlin länderweite Maßnahmen gegen die sich verschiebenden Arbeiter. Schließlich hat Scheibermann in der Dresdner Volkszeitung das Schlußwort gegeben:

„Wir müssen die Kommunizität (d. h. die sozialistischen und die kommunistischen Arbeiter) mit der gleichen Entschiedenheit bekämpfen. Es steht, daß das

## Metallarbeiter für Streik!

Die Arbeiter der Firma Böhler, Freital, rufen zum Kampf — Ein revolutionärer Betriebsvertrauensmannkörper von 13 Kollegen gebildet!

In der letzten Betriebsversammlung vom 23. 5. sprach trotz Sabotage des Sozialdemokraten (Alo. Schöffer) ein Kollege der Gewerkschaftsopposition. Einigung wurde folgende Resolution angenommen:

„Die in der sozialistischen Betriebsversammlung der Firma Böhler, Freital, am 23. 5. anwesenden Kollegen nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Generalstreik der Metallindustrie. Sie erkennen, daß dieser Vorstoß ein Generalangriff auf die gesamte Lebenslage der Arbeiter ist. Die Unternehmehalle die Situation für bekommen — nachdem die Gewerkschaftsbürokratie alles getan hat, die Kampftätigkeit der Arbeiter durch die Schließungs- und Streikbrüderpraxis mit der Theorie des Wirtschaftskriegs und der Wirtschaftsdemokratie zu lähmern — alles zu tun, um den Profit der Unternehmer weiter zu hegen. Die Kollegen werden den freien Vorstoß der Metallindustrie beantworten mit dem Streik. Sie rufen die Metallarbeiter von ganz Sachsen auf, sofort in Betriebsversammlungen Stellung zu nehmen und den Kampf vorzubereiten und zu beschließen.“

Auf 20 Pl. Lohnverhöhung

Auf den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!

Die beste Verteidigung ist der Angriff!

Unstimmig wurde ein 13 Mann harter oppositioneller Betriebsvertrauensmänner einstimmig gewählt. (BR. 1729)

#### Der Schlichter für Lohnabbau

Berlin, 27. Mai. (Eigene Drahtmeldung)

Über die Schlichtungsverhandlungen in der Nordwestgruppe der Eisenindustrie, die gestern in Bad Oeynhausen stattfanden, erhielt Willstein: Im Mittelpunkt stand die Forderung der Unternehmer, die Löhne zu senken. Es soll eine „Ersparnis“ bis zu 10 Prozent der gesamten Lohn- und Ge-

haltssumme eintreten. Daß sie neiprachten die Unternehmer eine Entlastung der Preise. Der Schlichter hat sich die Forderungen der Unternehmer bereits zu eigen gemacht.

#### Die Bürokratie im Lager des Feindes

Die „Kampfprogramm“: 42-Stunden-Woche mit Lohnabbau.

Berlin, 27. Mai. (Eigene Drahtmeldung)

Schöffer legte eine Konferenz der Funktionäre der Betriebe des Verbands Berlins Metallindustrie vor. Das Metallarbeiter „verlangt“ die 42-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich. Danach werden noch Forderungen auf Erhöhung der Überlebensausbezüge, Verlängerung des Urlaubs, Pausen um laufenden Hand usw. aufgestellt. Schöffer beharrt die Freiheit, seine Forderungen, die ein Musterbeispiel für die Demagogie der Sozialdemokratie sind, weiter zu verlangen“ als die der AGO hingestellt.

Die Redner der Opposition erläuterten Urtheile Demagogie. Es sei widerwärtig, die Arbeiter zum Kampf für den Lohnabbau zu veranlassen. Eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist Lohnabbau non satis. Bis 10 Mark pro Woche. Der Entwickelnde ist, doch Urtheile nicht davon, die Metallarbeiterchaft zum Kampf zu mobilisieren. Das geschieht nur bei Erfüllung der Forderungen der Opposition. Ein Genosse verfasste einen Antrag, in dem zunächst festgestellt wird, daß neben dem Zollmuster, den neuen Mollensteuern und dem Abbau der Sozialversicherung die Bourgeoisie durch den direkten Lohnabbau die Lebenshaltung der Massen herabdrückt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben im Reichstag nicht nur für die Massenbelastungen gestimmt, sondern sie verhinderten auch den Kampf gegen den Lohnabbau. Die Belegschaften werden aufgefordert, zur

Organisierung der Gegenoffensive

Stellung zu nehmen. Alle Lohnabbauerflüche mit der gräßlichsten Durchführung von Streiks, mit Forderungen nach Lohnherabsetzung, besonders für die Niedriglohnlohn, für Arbeiterschwestern und Jugendliche, zu beanstanden. In allen Betrieben sind Lohnkommissionen, vorbereitende Kampfausschüsse und Streikleitungen zu wählen. Der Antrag rufft für sofortige Forderungen auf:

Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich,

Verbindung von Manns- und Lohnarbeitsrat,

Lohnherabsetzung um 20 Pl. pro Stunde,

Verminde rung der Lohngruppen auf zwei,

gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Arbeiterschwestern und Jugendliche,

Verlängerung des Urlaubs auf 12 und für Jugendliche auf 24 Wochenstage.

Zum Schluß fordert der Antrag, daß nicht die vom Metallarbeiter bestimmt Verhandlungskommission mit den Unternehmen verbündet, sondern eine Verhandlungskommission gewählt von einer Delegiertenkonferenz, die von allen Metallarbeitern in allen Betrieben bestimmt ist.

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Der Metzger hat beschlossen, sich bei der Landtagswahl im Sinne der „Volksgemeinschaft“ zu betätigen und sich einer entsprechenden Partei (welcher?) anzuschließen. Es wurde die Gründung einer „großdeutschen Gewerkschaft“ erörtert.

Der türkische Ministerpräsident Baum kritisierte Fried, der sich in seiner Befähigung etwas mehr zurückhalten müsse.

Das Quellblatt „Groß Zeppelin“ ist vom Kino de Janitzio nach Fernsehstudio gerügt.

## Diskussion über Dresdner Haushaltplan abgewürgt

Aus Furcht vor den Wahlen in die Dantelkammern verwiesen — Einheitsfront von SPD bis Nazis

(Zur Dr. Böhlers Rede siehe die vorherigen Seiten, und siehe darüber „Wiederholung“ der Böhlerrede vom 27. Mai 1930.)

Für gelten war nach einem Beschluss der Dresdner Stadtverordneten die Eröffnung der Debatte über den reaktionären und massenbelastenden Haushaltplan des sozialdemokratischen Finanzministers Böhler vorgesehen. Die besetzende Landtagswahl ließ es aber den Parteien, die Böhlers Hungeretat gutheißen, geraten erscheinen, die

Diskussion nicht zuzulassen.

Es sprach denn auch nur im außerordentlich propagatorischen Welle und weitere Abstecher anständig, wenn die massenbelastenden Steuern nicht angenommen würden, Dr. Böhler. Seine Rede wurde von den bürgerlichen Parteien Böhler. Seine Rede wurde von den bürgerlichen Parteien nicht mit widerlichen Beifall aufgenommen. Sie richtete sich ausschließlich gegen die Kommunisten und vor allem gegen die Arbeiterschwestern, die den Haushaltplan vollkommen falsch gedeutet habe. Böhler verzog sich zu der ungeheuerlichen und

geradezu frechen Behauptung, der Wohlhaberstatat (an dem, wie wir nachweisen, ungeheure Streichung) vorgenommen worden sind) bei einer der anstehenden in ganz Sachsen. Eine Bekämpfung der Kriegsbeschädigten leistete sich Böhler dadurch, daß er sagte, mit den Kreisräten sei von den Kriegsopfern geradezu „Ungug getrieben“ worden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung enttarnte die SPD alle Fraktionen von der SPD bis zu den Nazis als solche, die für Beteiligung an Böhlers Plan, aber nicht für ernsthafte Sozialpolitik sind.

Damit ist einer der sozialreaktionären Haushaltpläne einer Kommune in die Dantelkammer der Ausschüsse verwiesen worden. Dort wird er vorberaten, in öffentlicher Sitzung wahrscheinlich erst nach den Wahlen (!!) durchgepeitscht werden. Um so ausgiebiger werden wir im Laufe des Wahlkampfes diesen Staat und damit das sozialreaktionäre Gesicht aller Parteien, von den Nazis bis zur SPD auspeagen.

— von der Aachener Radiobundes

gleichzeitig vereinfacht werden könnte, wenn wir nicht auf so viele Unterschiede zwischen den beiden wachten."

Diese selbe Scheidemann-Partei, die ja die sozialdemokratischen Arbeiter zum Bruderkampf hält, hält sie zum Kampf Klasse gegen Klasse aufzurufen, magt es, in ihrem Wahlaufruf in Sachsen zu schreiben: "Wer sozialdemokratisch wählt, verhindert ein Nazistreich." Aber mit diesem Wahlbetrag schlägt man nicht die sozialistischen Mörder.

Mächtig und unbesiegbar ist das Proletariat, wenn es einheitlich handelt und unter reso-

lutionärer Führung kämpft. Es gibt nur eine Führung, die den Kampf bis zur Vernichtung der Faschisten auf ihr Banner geschrieben hat. Das ist die Kommunistische Partei. Sie ruft auf zur Abwehr der Naziproletarien am kommenden Samstag und Sonntag. Ihre Parole lautet: Tod dem Faschismus! Ihr Appell richtet sich an die parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern, Schluss zu machen mit ihrer Partei, auszutreten aus dieser Partei der Kommunisten heile und Verhöhung der Arbeiter untereinander, mit den Kommunisten zusammen das Bonner der revolutionären Klassenkämpfe zu erhalten. Tod dem Faschismus! Es lebe der Kommunismus!

## Ermächtigungsgesetz für Brüning

Willkürliche Sentenz der Besitzsteuern durch Bürgerblockkabinett beschlossen — Auch für neue Massensteuern Ermächtigungsgesetz vorbereitet

Berlin, 27. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Reichskabinett wird heute zu den neuen Massensteuern Stellung nehmen, um damit einen Beitrag des Staates in Höhe von 237 Millionen Mark zu decken. In der geistigen Sitzung der Zentrumspartei sind die Vorschläge des Kabinetts bereits genehmigt worden, und auch die Volkspartei hat gestern bereits dazu Stellung genommen. Der Reichsfinanzminister schlägt dem Kabinett vor, daß der Beitrag in der Arbeitslosenversicherung um 1 Prozent erhöht wird. Das soll 210 Millionen Mark in 5 Jahren mehr ergeben. 30 Millionen sollen durch Bauaufnahmen der Arbeitslosenunterstützung eingespart werden. 90 Millionen soll die Verlängerung des Kontingents bei der Zigarettensteuer ergeben, eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 5 Prozent weitere 100 Mill. ein logenantes Notopfer der Feuersteuer. Auch eine Erhöhung der Bürgersteuer und ein Verfall von Vorzugsaktien der Reichsbahngesellschaft in Höhe von 150 Millionen Mark ist geplant. Für diese Massensteuern fordert die Bürgerblockregierung ein Ermächtigungsgesetz, d. h. sie will das Recht haben, diese Steuern nach Willkür noch zu erhöhen oder dem Reich Erleichterungen gewähren zu können. Die erforderlichen Gesetzesmuster sollen vom Kabinett noch vor Pfingsten verabschiedet und dann sofort im Reichstag beschlossen werden.

## SPD für Konsumvereinssteuer!

So entlarven sich die Demagogen

In der geistigen Reichstagsitzung wurde das Ermächtigungsgesetz zur Sentenz der Besitzsteuern mit den Stimmen der Regierungsparteien beschlossen. Die Kommunisten hatten den Antrag gestellt, die Konsumvereinssteuer mit sofortiger Wirkung

aufzuheben. Für diesen Antrag erhoben sich nur die Kommunisten. Die Sozialdemokraten stimmten in Einheitsfront mit den Nazis gegen diese selbstverständliche Forderung der Genossenschaftler. Hermann Hesseker, der in allen Genossenschaftskonferenzen und erst wieder auf der 62. Verbandstagung der sächsischen Genossenschaften für die Bevorzugung dieser Steuer mit „linken“ Redensarten „eintrat“. Toni Seeliger, Archia, Arntz und Frau Steegemann aus dem Wahlkreis Ostholstein, Leiner von ihnen unterstützte die kommunistische Forderung.

Daran können die Arbeiter sehen, wie schändlich sie von den sozialdemokratischen Führern betrogen werden. Die Genossenschaftsmitglieder müssen erkennen, daß heute die Lösung ist:

Kampf mit der Genossenschaftsopposition gegen das Trustkapital und dessen sozialdemokratische Vertreter!

## Halle soll ausgeschlossen werden!

Genossenschaftler protestiert!

Auf dem am 1. und 2. Juli in Görlitz stattfindenden Mitteldeutschen Verbandsitag der Konsumvereine soll, wie wir hören, der Auschluss der größten proletarisch geleiteten Konsumgenossenschaft des Allgemeinen Konsumvereins Halle an den Zaun und Umgebung verschlossen werden.

Alle Besuchte der sozialdemokratischen Hamburger Zentralbanken, mit Hilfe von Brandenburgen und anderen korrumpten Elementen die Führerung der Genossenschaft der kleinenbürgerlichen Arbeiterschaft zu entziehen, schließen fehl. Daraum versuchen sie jetzt mit dem Auschluss. Dieser verbrecherischen Spaltungspolitik muß durch die Verstärkung der Arbeit der Genossen entgegengesetzt werden.

## Bedingungslos für die Große Koalition

Neue Ablenkungsmanöver der „Linke“ / Duldet keine Verluschung, keinen neuen Wahlbetrug!

Ein neues Ablenkungsmanöver leistete sich der SPD-Abgeordnete Rausch in Jena, in einer Plauener SPD-Mitgliederversammlung. Er führt aus:

„Es ist ein angehender Trugschlüssel, zu glauben, die unebenen Verhältnisse in Sachsen seien durch eine Koalition aus der Welt zu schaffen. Nichts wäre unrichtiger als dieser Glanze... Darum wird auch die Neuwahl in Sachsen nicht das Fundament einer Großen Koalition bilden. Sie kann wenigstens nicht zu einer Dauererziehung werden.“

Diese Rede ist impisch. Die einfachen SPD-Mitglieder behaupten hier natürlich, Wahlarbeiter im Dienste der Großen Koalition zu feiern. Daraum die Herstellung von Rausch, daß die Gegenseite zwischen Kapital und Arbeit nicht durch die Koalition aus der Welt geschafft werden können. Da aber der Referent ebenfalls weiß, daß bereits 24 Stunden nach der Wahl der Koalitionschächer beginnen wird, zeigt er vorwichtig hinzu, daß die Koalition nicht zur dauernden Einrichtung werden wird.

Wir erklären: Jede Absehung eines SPD-Redners in diesem Wahlkampf, die „Linke“ neuerlich nicht zur Großen Koalition, ist ein Wahlbetrug. Von seinem SPD-Stall in Sachsen wurde bisher die Herstellung des „Vormarsches“ zurückgewiesen, daß die SPD in Sachsen die Große Koalition will, logischer ohne irgendwelche Bedingungen.

Von seinem SPD-Stall wurde bisher entschieden und ohne Vorbehalt in Abrede gestellt, daß die sozialdemokratischen Unterhändler noch 24 Stunden vor der Landtagswahl einstimmig bereit waren, den kommunalen Auslösungsauftrag niederschreiben, wenn die Volkspartei sich bereit erklärt, wenigstens im Herbst zu der Großen Koalition zu treten.

Raschdrücklich müssen unsere Genossen in allen Versammlungen, bei allen Diskussionen mit SPD-Arbeitern auf die Tatsachen hinweisen.

Am Sonntag fanden im SPD-Bezirk Chemnitz Unterbezirkskonferenzen statt. Als Spitzenkandidat wurde Böhme aufgestellt.

## Der stehengebliebene Seerings

Bei der Endabstimmung über den Reichswahlrecht hatten die Kommunisten einen Minderstimmenanteil gegen Groener eingekauft. Die SPD dachte nicht daran, dagegen zu stimmen, sie enthielt sich der Stimme. Mit einer Ausnahme: Seerings stimmte demonstrativ gegen das Minderstimmenamt. Die sozialdemokratische Leipziger Volkszeitung erklärt, das ihren Lesern auf folgende Weise:

„Die Sozialdemokratie entzieht sich der Stimme, nur Genosse Seerings stand — er stützt auf der ersten Bank — verteidigt auf und dies stehen trotz des Gewichts der Kommunisten.“

Zurück zu Seerings, wenn er schon „verfehlt“ ist, ausgestanden ist, nachher trocken stehen blieb, bleibt das Geheimnis der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“. Über nein — da steht noch ein Satz: „Er sitzt auf der ersten Bank.“ Es ist wie in der Schule. Da sitzt der Primus auch vorn am nächsten dem Lehrer, um sicherzustellen, daß seine fünfzehn Schüler ausgesetzt werden. Man denkt nur an die hundertste Demut auf dem Gesicht des Klasseneren, in dem gerade jetzt in einem großen Dresdner Kino laufenden Tonfilm „Der blaue Engel“, wo auch so ein Primus bleibt, zitternd unter den wilden Klischenes seines Lehrers — Janning spielt das meisterhaft — sich erhebt. Wahrscheinlich hat Groener Jannings feindselige Generalsaue so durchschaut auf dem Exploitationminister der deutschen Republik geruht, daß er instinktiv gehorchen, sich erhob. Ein schönes Bild militärischer Disziplin. Wir sind der „Leipziger Volkszeitung“ jedenfalls immer dankbar für die psychologische Erklärung dieser Abstimmung Seerings für Groener.

## Wahlbetrüger am Werk

Die Deutsche Volkspartei hat in ihrer Wahlkreiszeitung zu der Landtagswahl eine Erklärung ange-

fusorischer Führung kämpft. Es gibt nur eine Führung, die den Kampf bis zur Vernichtung der Faschisten auf ihr Banner geschrieben hat. Das ist die Kommunistische Partei. Sie ruft auf zur Abwehr der Naziproletarien am kommenden Samstag und Sonntag. Ihre Parole lautet: Tod dem Faschismus! Ihr Appell richtet sich an die parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern, Schluss zu machen mit ihrer Partei, auszutreten aus dieser Partei der Kommunisten heile und Verhöhung der Arbeiter untereinander, mit den Kommunisten zusammen das Bonner der revolutionären Klassenkämpfe zu erhalten. Tod dem Faschismus! Es lebe der Kommunismus!

## Nazi-Demagogie im Wahlkampf

### Rasse oder Klasse?

„Wir behaupten nicht, daß sie (die Menschen) ihre religiöse Gedankensetzung aufgeben möchten, um ihre weltlichen Schwierigkeiten aufzubauen. Wir behaupten, daß sie ihre religiöse Gedankensetzung aufgeben, sobald sie ihre weltlichen Schwierigkeiten aufheben.“ (Reinhard Marx, „Zehn Jahre“.)

Dresden, den 27. Mai 1930.

Die Nationalsozialisten haben den Antisemitismus aus der Vorkriegszeit übernommen, um ihre proletarischen oder mittelständischen Anhänger vom wirtschaftlichen Kampf gegen die Kapitalisten abzulenken. Ihre Judenhetze ist eines der demagogischen Mittel, um den Kampf der Massen gegen das Finanzkapital in ein ungefährliches Bett ablenken zu können. Sie postulieren dabei auf den berechtigten Haß der Arbeiter und Bauer gegen das Finanzkapital. Sie stellen einige jüdische Bankiers in den Vordergrund und behaupten, daß die ausdeutliche Tätigkeit des Finanzkapitals eine speziell „jüdische“ Angelegenheit sei. Bekannt ist, daß nicht nur jüdische Bankiers und Industrielle die Massen ausdenken, sondern daß ihre christlichen, mohammedanischen, buddhistischen u. a. Kollegen in den verschiedensten Ländern ebenjolie Struppellose Blutbauer am Markt des Volkes sind. Wenn die Faschisten über Jakob Goldschmidt, Dr. Salomonon, Melchior, Wallerstein usw. wettern, vergessen sie, daß neben diesen jüdischen Ausbeuter Leute wie Emil Kirdorf, Dr. Recht, Gustav Hagedorn, Graf Kellermann, Bantico und Aufsichtsratsmitglieder von Großbanken sind. Diese unterscheiden sich in ihrer Tätigkeit in nichts von den jüdischen Bankiers. Es ist offensichtlich, daß diese Theorie von dem speziell jüdischen Charakter des Finanzkapitals fällt in und nur zur Bewirbung der Massen aufgestellt wird. August Bebel sagte mit Recht, dieser Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerle.

In Verbindung mit dieser Behauptung der Faschisten steht auch noch ihre These vom „zäffenden“ und „schaffenden“ Kapital. Unter das rostende Kapital wird das Leihkapital der Banken, unter das schaffende die Industrie- und Großgrundbesitzer von den Nationalsozialisten rubriziert. Es ist bekannt, daß nicht nur die Banken, sondern auch die Industrieunternehmungen riesige Dividenden schließen. So zahlen z. B. an Dividende die Plauener Spiegelfabrik 70 Prozent, der Bergwerksverein König Wilhelm in Eilen 17 Prozent, das Brauereiwerk Werder-Weissenfeld 10 Prozent, das Sachsenwerk Niederseddin 10 Prozent. Dresden ist Stockholmsfabrik 18 prozentige Dividendensätze, die den Durchschnitt bei den Banken noch übertragen. Daß dieartigen Dividenden nicht von den Industriemagnaten „erarbeitet“ wurden, ist einleuchtend genug. Wie der Banken, so entsprechend auch der Unternehmerprofit dem aus den Arbeitern herausgepreisten Mehrwert.

Dazu kommt, daß z. B. der Eisenbahn und Industrie und eine ganze Reihe anderer Industrieller Bevölkerung von Industrieunternehmungen und gleichzeitig Aktionäre von Banken sind. Lenin hat gerade diese Tatsache als für die imperialistische Epoche des Kapitalismus charakteristisch hervor. Er sagt, die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital, die Tatsache, daß Industrielle in den Aufsichtsräten der Banken und umgekehrte Bankiers in den Aufsichtsräten der Industrieunternehmungen sitzen, daß Aktionärschaften hattindet u. s. w. führen bei der heutigen Konzentration des Kapitals den großen Wucherer noch über den Durchschnittsprofit hinausgehende Monopolpreise.

Es besteht also kein Zweifel, maßgebend für die Beutebildung der Ausbeuter insgesamt wie für die volkseigende Rolle einzelner Personen ist die soziale Stellung und nicht irgendwelche Rassen- oder Religionszugehörigkeit.

Wer den Massen etwas anderes einreden will, wer wie die Nazis die antisemitischen Märchen aufliest, beabsichtigt nur, die Werkstatt zu betrügen. Giner solchen Demagogie muß mit aller Entschiedenheit entgegen getreten werden. Alle diejenigen, die erklären, den Kampf gegen die Juden oder gegen das rostende Kapital führen zu wollen, um gleichzeitig von einem „ehrhaften“ oder „rechtschaffenen“ Kapital zu profitieren, haben weiter keine Aufgabe, wie die Gruppeninteressen bestimmt Kapitalisten zu vertreten und die Massen zu verwirren. Alle Kapitalisten sind Klassefeinde der Werkstätten. Diejenigen, die diese Tatsachen verwischen, sind ihre Laien. Das Proletariat führt seinen Kampf gegen die kapitalistische Klasse und gegen diejenigen, die die Laienrolle für die Bourgeoisie übernommen haben. Dabei spielen die Phrasen, in welche sie ihren Vollbetrieb einkleben, für das kleinenbewußte Proletariat nur insofern eine Rolle, als die Arbeiter diese Demagogie erkennen müssen. Nieher mit dem Antisemitismus der faschistischen Lügenbunde! Nieher mit allen Kapitalisten! Es lebe der revolutionäre Klassenkampf!

## Fried mahregelt kommunistischen Lehrer

Brandenburger liefern ihm das „Material“

Die thüringische Regierung hat den Lehrer Otto Zimmermann in Auhla wegen „kommunistischer Betätigung“ gemacht. Der Lehrer Zimmermann erhielt am 18. Mai eine Mitteilung des Bildungsministeriums, daß er wegen kommunistischer Betätigung auf Grund der §§ 8, 63, 73, 78 des thüringischen Staatsbeamtenrechts ein Dienstuntauglichkeit gewährte habe und auf Grund des § 129 seines Amtes entlassen sei.

Diese Maßregelung eines kommunistischen Lehrers erfolgte durch denselben Fried, der bei der Besetzung von Polizeistellen so scharf die Bezeichnung unabhängig von der politischen Betätigung unterstrichen. Ganz offensichtlich übt der Nationalsozialist dieselbe Praxis wie die sozialdemokratische Breuhenregierung, die bekanntlich Kommunisten als Beamte (wie z. B. den Genossen Weber als Oberbürgermeister von Solingen) nicht bestätigte. Die Maßregelung des Genossen Zimmermann ist der erste Fall und sie führt sich auf Denunziationen der Brandenburger in ihrem Denunziationenblätter „Arbeiterpolitik“.

Diese Maßregelung zeigt, daß eine „würdige“ Einheitsfront zwischen Faschisten, SPD und Brandenburger geschaffen ist. Die Arbeiter werden der antikommunistischen Einheitsfront ihre Anteil nicht ablehnen bleiben. In allen Betrieben, Stempelstellen und Arbeiterorganisationen muß immer wieder die Laienrolle dieser Arbeiterschaft ausgeschaltet und für die kommunistische Partei geworden werden. Der Landtagswahlkampf gibt die beste Möglichkeit, die revolutionäre Klassenfront des Proletariats zu stärken.

## Reichswehr gegen das rote Pfingsttreffen der Arbeitersportler?

Am Mittwoch dem 21. Mai durchführen, wie die Neue Arbeiterzeitung meldet, zwei Panzerwagen belebt mit Reichswehrsoldaten des 5. Regiments die Straßen Eisenachs und stationieren in der Kaiserje. Die Panzerwagen sollen vorläufig in Eisenach bleiben, und wahrscheinlich sollen ihnen in Kürze noch einige andere folgen. Recht bedrohlich erscheint, daß in der Reichswehr der Radfahrverein in der letzten Zeit hochtrieb herrsche. U.a. wurde in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch gegen 1.45 Uhr plötzlich ein Probealarm angezettelt und durchgeführt. In der Eisenacher Presse begann die in allen Bürgerlichen Zeitungen fortgeführte Heile gegen das Pfingsttreffen der roten Sportler in Eisenach.

## Das erste Wahlpulver

Der Verwaltungsbezirk Freital (UB Dresden) überwies an die Bezirkskasse die erste Abstagszahlung von Sammelgeldern in Höhe von 50 Mark.

Die Genossen haben begriffen, daß schnell gearbeitet werden muß. Alle Ortsgruppen, Stadtteile und Verwaltungsbezirke folgten diesem Beispiel.

Die erste im Büro der Bezirksleitung ausgelegte Sammelliste ergab innerhalb zwei Stunden den Betrag von 112 Mark.

Wo liegen noch solche Listen aus?

## 102 neue Kämpfer

trofen in fünf Tagen der KPD bei. Nach dem aus dem Bezirkssekretariat vorliegenden Bericht meldeten sich darunter allein in Pirna 11, in Auerbach 4, in Schandau 3, in Oederan 3, in Riesa 4, in Leisnig 4 neue Mitglieder an. Es geht vorwärts. Die Kampfbereitschaft und Kraft der Arbeiter wird nur wachsen mit der Stärkung der KPD. Verstärkt die Massenwerbung für die KPD und die „Arbeiterstimme“!

## Die rote Kavallerie an der Spiege

Am Sonnabend haben die revolutionären Arbeiter von Johannstadt eine Propagandafahrt ihrer Radfahrerkolonnen mit Plakaten, Hornstören und Sprechören durch die Straßen der Johannstadt organisiert. Sie forderten die Werkstätten auf, im Landtagswahlkampf gegen Youngkurs, Faschismus und Kapitalpolitik mit der Kommunistischen Partei zu kämpfen und für die revolutionäre Klassenfront, die Linie 3, zu werben.

Landtagswahl vor der Tür, daher:

## Aussprache über GPD-Bührers hungererat abgewürgt!

Sozialfaschisten provozieren die werktägige Bevölkerung Dresdens — Abrechnung am 22. Juni: Wahl der Liste 3!

Dresden, den 27. Mai 1930  
Zu der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde eine große Aussprache über den Hungerhaushaltplan des Sozialdemokraten Bührer erwartet. Zunächst wurde jedoch erst einmal ein Bericht vorgelesen und eine Anzahl Abordnungen vorgenommen. Die kommunalpolitische Fraktion stimmte gegen die „Empfehlung“, hinterher ließ neue Fraktionen verbergen. Die SPD stimmte natürlich wieder für die „Empfehlung“. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag der kommunalpolitischen Fraktion:

„Kollegium wolle beschließen, bei dem Reichsarbeitsminister und dem Vorstande der Reichsstiftung für Arbeitsförderung und Arbeitslosenversicherung vorstellig zu werden und zu fordern: a) daß die Dauer der Bewilligung von Erwerbslosenunterstützung sofort gesenkt § 96 Abs. 2 des Gesetzes über Arbeitsförderung und Arbeitslosenversicherung von 28 Wochen auf 20 Wochen verlängert wird; b) daß die Arztkontrolle lösigt auf alle Berufsguppen ohne zeitliche Begrenzung ausgehöhlt wird und die Bedeutungsprüfung wegfällt.“

Die gleiche SPD, die durch die Tätigkeit ihrer Ministerkollegen erst die Voraussetzung zu diesem Antrag schuf, stimmte demagogisch für den Antrag der KPD und auch für ein Gutachten, das

eine Urteile für den früheren GPD-Minister Willibald Börsig und forderte, den Antrag zum Schluß zu erheben und darüber hinaus zu fordern, daß die Vorschläge des Reichsstiftungsvorstandes zur Arbeitsförderung und Arbeitslosenversicherung, also da: b) Beschleunigung des Unterstützungsantrags, Abbau der Hauptunterstützung bei Angehörigen, Erhöhung der Beiträge zur Erwerbslosenversicherung, nicht durchgeführt werden.

### Bührer-Etat darf nicht bestimmt werden!

Dann sollte in die allgemeine Aussprache eingetreten werden. Völkisch aber gab der Vorsteher Politisch bekannt, es sei ein Antrag eingegangen, nur den Finanzbeamten den Haushaltssatzungen zu lassen, im übrigen auf die Aussprache aber zu verzögern.

Dr. Käuer (DVP) gab für diesen Antrag, der die Angst der bürgerlich-sozialdemokratischen Front vor der Entfernung des traditionellen Hungerhaushaltplans zeigt, eine „Begründung“. Eine Aussprache sei nicht zweckmäßig und arte nur politisch aus.

Sozialfaschist Krause, der leidenschaftlich genau über das vorausichtliche Verhalten der Parteien informiert war, gab eine leid demagogische Erklärung ab, wonach die SPD für eine Aussprache sei. Die „Arbeiterstimme“ habe Krappe mit falschen Zahlen operiert. Das bringe ihn dazu, eine allgemeine Aussprache zu verlangen.

### Die Angst vor den Kommunisten

Genosse Schrapel: Es ist klar, daß bei Käuer und bei dem Finanzbeamten Bührer keine Neigung vorhanden sein kann, den Hungerhaushaltplan beizubringen zu sehen. Es liegt Herrn Bührer und seinen kapitalistischen Auftraggebern nichts daran, die unangenehmen Fragen der Kommunisten zugelegt zu erhalten. Wir werden gegen den Antrag stimmen.

Dr. Rühs (Dem): Es ist sehr dankenswert, daß dem Finanzbeamten Bührer, um den Haushaltssatz zu erläutern, 15 Minuten nach diesem Wort war Rühs schon wieder aus dem Rathaus verschwunden. D. R. Es ist die Angst vor Bührers Gedanken, die uns veranlaßt, dem Vorsteher Käuers zuzustimmen.

Wulf Kunkel (Handels u. Gew.) leistete dann in unverblümtem Sozialdemokratischen Judentum für die Verhinderung der Aussprache herunter.

### Die Nazis helfen dem Hungerdiktator Bührer

Die Nazis erklärten vor nichts, stimmen aber mit den großbürglichen Parteien für die Abdämpfung der Aussprache, die dann auch gegen 31 Stimmen abgelehnt wurde. Damit haben sich die Nazis auch im Dresdner Stadtparlament als die beste Hilfsgruppe des maulwurzelnden Trutzburgersche und als Helferhelfer der sozialfascistischen Hungerdiktatur Bührer gezeigt. Die Frontsche Erklärung zeigt nicht die wahre Auffassung der GPD. Die SPD war über das nationalsozialistische Hilfsstellung für Bührer sehr froh. Ihre Abstimmung ist nur als demagogisches Manöver zu werten. Dann lag man.

### Spardiktator Dr. Bührer am Rednerpult

Keinen hungerhaushaltplan verlieren. Nur jede der von uns in so eingehender Weise aufgemachten reaktionären Maßnahmen, die der Haushaltssatz mit sich bringt, fand er Worte der Begeisterung. Da unterbrochen durch Jurate der Kommunisten, letztere er noch einer gedruckten Broschüre seinen Sprech beruherte, er auf Jurate der Kommunisten, daß er dem Vorsitzenden des nationalsozialistischen thüringischen Innenministers Fried, der auf Erhebung einer Kopftüte zugesprochen sei, „unter Umständen“ die Billigung aussprechen will. Im übrigen bewies seine Rede nur das, was wir als Basis unserer Veröffentlichungen über den Bührer-Etat feststellten: Daß man, um ein reaktionärer und arbeitseinfühlender Politiker zu sein, durchaus auch das sozialdemokratische Wörterbuch in der Tasche haben kann. Darüber hinaus auch seine von dem bürgerlichen Parteien mit widerlichem Beifall aufgewonnene Volemit gegen die Veröffentlichungen der „Arbeiterstimme“ nicht stimmen. Arbeitseinfühlende haben mit den Straßenbahnen freie Fahrt, gar zu einem einen Strafzettel.

Genosse Schrapel will mehrmals unterstrichen von Polizei, die falschen Ausführungen Bührers zum Wohlbehörden sei richtig. Die Aussprache über Bührers Etat ist vorausgegangen der Landtagswahl unmöglich. Die SPD und die Bürgerlichen Parteien glauben damit bei den Dresden Einwohnern ein Wahlrecht gemacht zu haben.

### Um die neue Großmarkthalle

Noch einem Gutachten des Verwaltungsausschusses ist die Errichtung einer neuen Großmarkthalle an der Berliner Straße geplant.

Genosse Göbel sprach sich in der Debatte gegen das für die Bebauung in Aussicht genommene Gelände an der Berliner Straße wegen der räumlichen Beschränkung aus, die einer vollständig befriedigenden Lösung der Raumfrage im Wege steht. Ein wet-

terer Abstimmungsgrund ist die Tatsache, daß die Kostenvorlage einer Kapitalistengruppe Vorteile auswählen verleiht. Um Hindernis auf die Errichtung der Brücke am Flügelweg fortzubauen, wie die Errichtung der Großmarkthalle im Raditzer Gelände.

Der Rat seitdem über sich dann in einer Rede, die sehr kurz und nichtslängig war und etwa politische Bedeutung hatte. Das Projekt an der Berliner Straße wurde dann gegen die Stimmen der KPD abgeschlossen.

### Die Stadt bin ich!

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, den willkürigen Neubau der 1. und 2. Berufsschule unverzüglich wieder in Angriff zu nehmen.

Genosse Schrapel begrüßt diesen Antrag und fordert die Einholung des Neubaus als eine rigorose und beispiellose brutale Sparsamkeit des sozialdemokratischen Finanzbeamten Dr. Bührer, der sich heute ebenso wieder zu diesen Sparmaßnahmen bekannt habe. Im Interesse der proletarischen Schüler aber fordert mit die Fortsetzung und Fertigstellung des Berufsschulneubaus. (Komponente auf der Tribüne.)

Bürgemeister Dr. Bührer bestätigt den Antrag der Kollegium als überflüssig. Es sei kein Geld da. Das Wach und Tempo der Fortführung des Baues sei ihm zu überlassen, die Lehrerchaft könne nur Unterstützen. Er lasse sich von dem Leiter Schrapel nicht beeinflussen.

Sättler (DVP) beantragt, in dem Antrag das Wort „unverzüglich“ zu streichen und „so bald als möglich“ zu setzen. (Es soll alle Verzögerungstatigkeiten getrieben werden.)

Genosse Schrapel stellt fest, daß der Wille der Bevölkerung des Sozialdemokraten Bührer nichts gilt. So weißlich das Meinungsbild der „Sozialisten“ in den Verwaltungsgremien aus. Und die Leute lehren jetzt vor der Wahl wieder „Wahl Sozialdemokraten!“ Der Antrag wird in der verstimmen und zu niedrig verpflichtenden Stimmabstimmung dann angenommen.

Die Volkspartei macht in Arbeiterfreundlichkeit

Die Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, in dem demagogisch fordert wird, die Zahl der amüslich nom Empfänger zu vermindern. „Sowohl wie irgend möglich“ zu beladen. (Es soll alle Verzögerungstatigkeiten getrieben werden.)

Genosse Schrapel stellt fest, daß der Wille der Bevölkerung des Sozialdemokraten Bührer nichts gilt. So weißlich das Meinungsbild der „Sozialisten“ in den Verwaltungsgremien aus. Und die Leute lehren jetzt vor der Wahl wieder „Wahl Sozialdemokraten!“ Der Antrag wird in der verstimmen und zu niedrig verpflichtenden Stimmabstimmung dann angenommen.

Die Volkspartei macht in Arbeiterfreundlichkeit

Die Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, in dem demagogisch fordert wird, die Zahl der amüslich nom Empfänger zu vermindern. „Sowohl wie irgend möglich“ zu beladen. (Es soll alle Verzögerungstatigkeiten getrieben werden.)

Genosse Schrapel stellt fest, daß der Wille der Bevölkerung des Sozialdemokraten Bührer nichts gilt. So weißlich das Meinungsbild der „Sozialisten“ in den Verwaltungsgremien aus. Und die Leute lehren jetzt vor der Wahl wieder „Wahl Sozialdemokraten!“ Der Antrag wird in der verstimmen und zu niedrig verpflichtenden Stimmabstimmung dann angenommen.

Die Volkspartei macht in Arbeiterfreundlichkeit

Die Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, in dem demagogisch fordert wird, die Zahl der amüslich nom Empfänger zu vermindern. „Sowohl wie irgend möglich“ zu beladen. (Es soll alle Verzögerungstatigkeiten getrieben werden.)

Genosse Schrapel stellt fest, daß der Wille der Bevölkerung des Sozialdemokraten Bührer nichts gilt. So weißlich das Meinungsbild der „Sozialisten“ in den Verwaltungsgremien aus. Und die Leute lehren jetzt vor der Wahl wieder „Wahl Sozialdemokraten!“ Der Antrag wird in der verstimmen und zu niedrig verpflichtenden Stimmabstimmung dann angenommen.

Die Volkspartei macht in Arbeiterfreundlichkeit

Die Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, in dem demagogisch fordert wird, die Zahl der amüslich nom Empfänger zu vermindern. „Sowohl wie irgend möglich“ zu beladen. (Es soll alle Verzögerungstatigkeiten getrieben werden.)

Genosse Schrapel stellt fest, daß der Wille der Bevölkerung des Sozialdemokraten Bührer nichts gilt. So weißlich das Meinungsbild der „Sozialisten“ in den Verwaltungsgremien aus. Und die Leute lehren jetzt vor der Wahl wieder „Wahl Sozialdemokraten!“ Der Antrag wird in der verstimmen und zu niedrig verpflichtenden Stimmabstimmung dann angenommen.

Die Volkspartei macht in Arbeiterfreundlichkeit

Die Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, in dem demagogisch fordert wird, die Zahl der amüslich nom Empfänger zu vermindern. „Sowohl wie irgend möglich“ zu beladen. (Es soll alle Verzögerungstatigkeiten getrieben werden.)

Genosse Schrapel stellt fest, daß der Wille der Bevölkerung des Sozialdemokraten Bührer nichts gilt. So weißlich das Meinungsbild der „Sozialisten“ in den Verwaltungsgremien aus. Und die Leute lehren jetzt vor der Wahl wieder „Wahl Sozialdemokraten!“ Der Antrag wird in der verstimmen und zu niedrig verpflichtenden Stimmabstimmung dann angenommen.

Die Volkspartei macht in Arbeiterfreundlichkeit

Die Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, in dem demagogisch fordert wird, die Zahl der amüslich nom Empfänger zu vermindern. „Sowohl wie irgend möglich“ zu beladen. (Es soll alle Verzögerungstatigkeiten getrieben werden.)

Genosse Schrapel stellt fest, daß der Wille der Bevölkerung des Sozialdemokraten Bührer nichts gilt. So weißlich das Meinungsbild der „Sozialisten“ in den Verwaltungsgremien aus. Und die Leute lehren jetzt vor der Wahl wieder „Wahl Sozialdemokraten!“ Der Antrag wird in der verstimmen und zu niedrig verpflichtenden Stimmabstimmung dann angenommen.

Die Volkspartei macht in Arbeiterfreundlichkeit

Die Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, in dem demagogisch fordert wird, die Zahl der amüslich nom Empfänger zu vermindern. „Sowohl wie irgend möglich“ zu beladen. (Es soll alle Verzögerungstatigkeiten getrieben werden.)

Genosse Schrapel stellt fest, daß der Wille der Bevölkerung des Sozialdemokraten Bührer nichts gilt. So weißlich das Meinungsbild der „Sozialisten“ in den Verwaltungsgremien aus. Und die Leute lehren jetzt vor der Wahl wieder „Wahl Sozialdemokraten!“ Der Antrag wird in der verstimmen und zu niedrig verpflichtenden Stimmabstimmung dann angenommen.

Die Volkspartei macht in Arbeiterfreundlichkeit

Die Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, in dem demagogisch fordert wird, die Zahl der amüslich nom Empfänger zu vermindern. „Sowohl wie irgend möglich“ zu beladen. (Es soll alle Verzögerungstatigkeiten getrieben werden.)

Genosse Schrapel stellt fest, daß der Wille der Bevölkerung des Sozialdemokraten Bührer nichts gilt. So weißlich das Meinungsbild der „Sozialisten“ in den Verwaltungsgremien aus. Und die Leute lehren jetzt vor der Wahl wieder „Wahl Sozialdemokraten!“ Der Antrag wird in der verstimmen und zu niedrig verpflichtenden Stimmabstimmung dann angenommen.

Die Volkspartei macht in Arbeiterfreundlichkeit

Die Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, in dem demagogisch fordert wird, die Zahl der amüslich nom Empfänger zu vermindern. „Sowohl wie irgend möglich“ zu beladen. (Es soll alle Verzögerungstatigkeiten getrieben werden.)

Genosse Schrapel stellt fest, daß der Wille der Bevölkerung des Sozialdemokraten Bührer nichts gilt. So weißlich das Meinungsbild der „Sozialisten“ in den Verwaltungsgremien aus. Und die Leute lehren jetzt vor der Wahl wieder „Wahl Sozialdemokraten!“ Der Antrag wird in der verstimmen und zu niedrig verpflichtenden Stimmabstimmung dann angenommen.

Die Volkspartei macht in Arbeiterfreundlichkeit

Die Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, in dem demagogisch fordert wird, die Zahl der amüslich nom Empfänger zu vermindern. „Sowohl wie irgend möglich“ zu beladen. (Es soll alle Verzögerungstatigkeiten getrieben werden.)

Genosse Schrapel stellt fest, daß der Wille der Bevölkerung des Sozialdemokraten Bührer nichts gilt. So weißlich das Meinungsbild der „Sozialisten“ in den Verwaltungsgremien aus. Und die Leute lehren jetzt vor der Wahl wieder „Wahl Sozialdemokraten!“ Der Antrag wird in der verstimmen und zu niedrig verpflichtenden Stimmabstimmung dann angenommen.

Die Volkspartei macht in Arbeiterfreundlichkeit

Die Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, in dem demagogisch fordert wird, die Zahl der amüslich nom Empfänger zu vermindern. „Sowohl wie irgend möglich“ zu beladen. (Es soll alle Verzögerungstatigkeiten getrieben werden.)

Genosse Schrapel stellt fest, daß der Wille der Bevölkerung des Sozialdemokraten Bührer nichts gilt. So weißlich das Meinungsbild der „Sozialisten“ in den Verwaltungsgremien aus. Und die Leute lehren jetzt vor der Wahl wieder „Wahl Sozialdemokraten!“ Der Antrag wird in der verstimmen und zu niedrig verpflichtenden Stimmabstimmung dann angenommen.

Die Volkspartei macht in Arbeiterfreundlichkeit

Die Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, in dem demagogisch fordert wird, die Zahl der amüslich nom Empfänger zu vermindern. „Sowohl wie irgend möglich“ zu beladen. (Es soll alle Verzögerungstatigkeiten getrieben werden.)

Genosse Schrapel stellt fest, daß der Wille der Bevölkerung des Sozialdemokraten Bührer nichts gilt. So weißlich das Meinungsbild der „Sozialisten“ in den Verwaltungsgremien aus. Und die Leute lehren jetzt vor der Wahl wieder „Wahl Sozialdemokraten!“ Der Antrag wird in der verstimmen und zu niedrig verpflichtenden Stimmabstimmung dann angenommen.

Die Volkspartei macht in Arbeiterfreundlichkeit

Die Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, in dem demagogisch fordert wird, die Zahl der amüslich nom Empfänger zu vermindern. „Sowohl wie irgend möglich“ zu beladen. (Es soll alle Verzögerungstatigkeiten getrieben werden.)

Genosse Schrapel stellt fest, daß der Wille der Bevölkerung des Sozialdemokraten Bührer nichts gilt. So weißlich das Meinungsbild der „Sozialisten“ in den Verwaltungsgremien aus. Und die Leute lehren jetzt vor der Wahl wieder „Wahl Sozialdemokraten!“ Der Antrag wird in der verstimmen und zu niedrig verpflichtenden Stimmabstimmung dann angenommen.

Die Volkspartei macht in Arbeiterfreundlichkeit

Die Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, in dem demagogisch fordert wird, die Zahl der amüslich nom Empfänger zu vermindern. „Sowohl wie irgend möglich“ zu beladen. (Es soll alle Verzögerungstatigkeiten getrieben werden.)

Genosse Schrapel stellt fest, daß der Wille der Bevölkerung des Sozialdemokraten Bührer nichts gilt. So weißlich das Meinungsbild der „Sozialisten“ in den Verwaltungsgremien aus. Und die Leute lehren jetzt vor der Wahl wieder „Wahl Sozialdemokraten!“ Der Antrag wird in der verstimmen und zu niedrig verpflichtenden Stimmabstimmung dann angenommen.

Die Volkspartei macht in Arbeiterfreundlichkeit

Die Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, in dem demagogisch fordert wird, die Zahl der amüslich nom Empfänger zu vermindern. „Sowohl wie irgend möglich“ zu beladen. (Es soll alle Verzögerungstatigkeiten getrieben werden.)

Genosse Schrapel stellt fest, daß der Wille der Bevölkerung des Sozialdemokraten Bührer nichts gilt. So weißlich das Meinungsbild der „Sozialisten“ in den Verwaltungsgremien aus. Und die Leute lehren jetzt vor der Wahl wieder „Wahl Sozialdemokraten!“ Der Antrag wird in der verstimmen und zu niedrig verpflichtenden Stimmabstimmung dann angenommen.

Die Volkspartei macht in Arbeiterfreundlichkeit

Die Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, in dem demagogisch fordert wird, die Zahl der amüslich nom Empfänger zu vermindern. „Sowohl wie irgend

# Die RGS — der Generalstab der Gewerkschaftsbewegung der Welt / Von Fritz Hederl, Mitglied des Vorsitzungskreises der RGS

Im Juli und Jahrzehnt seit der Gründung der Roten Gewerkschafts-Internationale. Die Schaffung der RGS sollte den revolutionären Gewerkschaften aller Länder eine einheitliche, allumfassende internationale Führung verleihen. Lenin, der herausragend an der Schaffung der RGS beteiligt war, hat vielleicht deutlich darauf hingewiesen, daß die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung nur ohne ein führendes Organ nicht entwenden kann. Die RGS sollte im Weltmarkt alle vorhandenen revolutionären Gewerkschaftsorganisationen erfassen. In denjenigen Ländern, wo eine reformistische Gewerkschaftsbewegung vorhanden war, sollte die RGS das in den Gewerkschaftsorganisationen bestehende Proletariat erzielen und nicht nur ideologisch, sondern auch in der Tat seine Kampfe führen.

Der Gedanke der Vereinigung der Gewerkschaftsorganisationen der verschiedenen Länder ist keine Erfindung der Kriegszeit. Schon vor dem Kriege haben die Gewerkschaftsorganisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes standen, diese Notwendigkeit erkannt. Viele Jahre vor dem Kriege sind gleichzeitig mit Gewerkschaftsorganisationen im Landesmarkt eine Gewerkschaftsinternationale und eine Reihe internationaler Gewerkschaftsverbände entstanden. Der Krieg hat zum Zerfall aller dieser Organisationen geführt.

**Die Führer der Gewerkschaftsinternationale, der Landesorganisationen und der Berufssekretariate haben nicht nur beim Ausbruch des Krieges jede revolutionäre Aktion abgelehnt, sondern wurden sogar zu Verfechtern des beschränkten Nationalismus, wurden zu Vasallen der kriegsführenden Mächte.**

Nach dem Kriege wiederum die reformistische Internationale, die sogenannte Amsterdamer Internationale, schwand, was sie eine organisierte schwache Vereinigung der Landesgewerkschaften ohne Disziplin und ohne internationale Konsolidierung.

Die nationale Beschränktheit, die hauptsächlich auf die Interessen und Bedürfnisse der herrschenden imperialistischen Eliten der verschiedenen Länder bedachte ist, verjüngt die Amsterdamer Führer noch jetzt als ihr außerordentliches Bestreben im Gegenjahr zur Roten Gewerkschaftsinternationale hinzu. Die Amsterdamer haben diese nationale Beschränktheit

und bezeichneten sie als „Unabhängigkeit, die man mit allen Mitteln verteidigen muß“, während sie gleichzeitig feststellen, daß die Organisationen, die der RGS angehören, sind, „keine Selbständigkeit besitzen und den Befehlen Moskaus gehorchen“. Die internationale Disziplin, die internationale Verpflichtung in Solidaritätsaktionen wird bei den Amsterdamer als eine Illusion betrachtet. Gleichzeitig aber betrachten sie ihre Abhängigkeit von den Interessen der herrschenden Klassen der kapitalistischen Staaten als heilig und unantastbar.

Auf denselben Grundlagen wie die Amsterdamer Internationale ist auch die Pan-Amerikanische Arbeiterföderation (PanA) ist, aufgebaut. Diese internationale Vereinigung lehnt prinzipiell nicht nur den Sozialismus, sondern auch die internationale Solidarität ab. Solange für die amerikanische Bourgeoisie mit der Wohlt „Amerika“ für die Amerikaner“ wütend gab, hielt sich die PanA auf derselben Linie. Seit der Zeit aber, wo der amerikanische Kapitalismus seine Klauen nach den anderen Weltteilen ausstreckt, hat auch die PanA dieselben Ziele, wie die Vasallen der Wallstreet.

Sowohl für die Amsterdamer als auch für die Führer der amerikanischen Arbeiterföderation kommen nur die Arbeiter in den weichen, imperialistischen Ländern in Betracht. Die Arbeiter der Halbcolonien und kolonialen Länder sind für sie von niedriger

## 5. Kongress der RGI

**Arbeiter! Habt ihr in eurem Betrieb schon Stellung genommen zum 5. Kongress der Roten Gewerkschafts-Internationale? Dieser Kongress behandelt eure Angelegenheiten! Stellt in der nächsten Betriebsversammlung**

**sofort den Antrag, einen Referenten der RGS über den 5. RGI-Kongress sprechen zu lassen!**

## Die Abbauvorschläge gegen die Erwerbslosen

Die Betriebsarbeiter und -arbeiterinnen werden mit 78 Minuten Lohn durch die Beitrags erhöhung von 3% auf 4 Prozent beliefert.

Die Herausnahme der „geringfügig Beschäftigten“ aus der Unterstützung soll mittler ausgedehnt werden.

Erwerbslose unter 17 Jahren und über 65 Jahren sollen keine Unterstützung mehr erhalten. Nach einer Statistik des Reichsarbeitsblattes vom 15. Januar gab es jetzt 50.000 Jugendliche und über 28.000 über 65 Jahre alte Unterstützungsgepäck. Die Jugendlichen dürfen nicht belasten bei den Jugendlichen, eben vermehrt als verlängert haben.

Weiter soll die Wartezeit für alle Pedigree unter 21 Jahren auf 14 Tage verlängert werden. Nach der angezeigten Statistik gab es am 15. Januar rund 298.000 Unterstützungsgepäck bis zu 21 Jahren.

Den Krisenunterstützungen, die nur 13 Wochen Beschäftigung nachweisen können, wird diese Zeit nicht mehr auf die Anwartschaft zur Verdichtungsunterstützung angerechnet. Am 15. April 1929 gab es nach dem Bericht der Reichsanhalt rund 61.000 gleichzeitig ein Drittel aller Krisenunterstützungsgepäck, die eine Anwartschaft von nur 13 Wochen haben. Ebenso soll auch die Umtauschicht Beschäftigung der Notstandsarbeiter nicht mehr als Anwartschaftszeit für die Verdichtungsunterstützung angerechnet werden.

Der erwerbslose Begleiter eines verdienstpflichtigen Arbeitnehmers soll nur 30 Prozent der zustehenden Unterstützung erhalten. Darauf werden sowohl Männer wie Frauen, die sogenannten „Doppelverdiener“, betroffen.

Alle Gewerkschaften ohne 32wochentliche Anwartschaftszeit erhalten nur die Sätze der Krisenfürsorge. Das heißt, daß in den Unterstützungsflächen 7-11 eine Kürzung der Unterstützung von 142 Mark, steigend bis zu 6,00 Mark pro Woche, eintritt. Unter diese unerhörte Kürzung fallen reichlich neun Zehntel aller Unterstützungsgepäck. Nach dem Bericht der Reichsanhalt für das Jahr 1929 (Seite 47) gab es nach einer Erhebung am 15. März 1929 48,5 vom Hundert aller Unterstützungsgepäck, die eine Anwartschaftszeit von 26 Wochen, 41,3 vom Hundert, die eine

Anwartschaftszeit vom 26 bis 39 Wochen, 6,6 vom Hundert, die eine Anwartschaftszeit von 39 bis 52 Wochen erfüllt hatten. Diese amtlichen Zahlen stellen alle fest, daß über 90 vom Hundert der Unterstützungsgepäck keine Anwartschaftszeit von 39 Wochen erreicht haben.

Für alle diese schändlichen Maßnahmen stimmen im Vorstand der Reichsanhalt neben den Unternehmern auch die Vertreter der öffentlichen Körperschaften sowie der christlichen und sozial-Denkenden Gewerkschaften.

Der Vorstand der Reichsanhalt empfiehlt, die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszudehnen und die Unterstützungsduer zu verlängern. Aus den früheren Bemerkungen in der Krisenfürsorge ist ersichtlich, wie diese Empfehlung durchgeführt wird.

Weiter wird gewünscht, ein „Notopfer“ von den Besserverdienenden zu erheben. Das steht sich mit dem Beifall des ADGB-Bundesvorstandes vom 17. Februar 1930, der ein allgemeines „Notopfer“, auch von den Arbeitern, fordert.

## Limbacher Textiler fassen

## Kampfbeschlüsse gegen Lohnabbau

**Die Löhne um 33 Prozent gesenkt — Entlassungen im großen Stile geplant — Textilarbeiter folgt dem Beispiel der Limbacher Kollegen!**

Die Textilfirma Schaefftmüller in Limbach hat in unerhörter Weise Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft des Betriebes ergriffen, die nicht nur die Belegschaft, sondern die gesamte Arbeiterschaft treffen. Ein Teil der Belegschaft arbeitet bereits kurz, und zwar 3 Tage. Jetzt sind Monatseinfassungen angekündigt, darunter 20 Rundstuhlarbeitern. Außerdem arbeiten vier Dutzend der Belegschaft 31 Stunden in der Woche. Außerdem wird von der Firma ein Lohnabbau von 33 Prozent durchgeführt.

Eine Belegschaftsversammlung im Turnerheim in Limbach nahm zu diesem Angriff des Unternehmers Stellung. Sie protestierte aufschlüssig gegen diese Maßnahmen. Die Versammlung war von über 150 Arbeitern und Arbeitern besucht, die einstimmig nachstehende Entschließung annahmen:

**Entschließung**  
Die heutige tagende Betriebsversammlung der Firma Schaefftmüller erhebt gegen die von der Firma angekündigten Maßnahmen schärfste Protest und betrachtet sie als eine freie Proletarisation gegen die gesamte Belegschaft. 33 Prozent Lohnabbau bedeutet bei bestehender Teuerung Hunger und Elend für die Arbeiterschaft des Betriebes. Entlassungen bei beständiger Arbeitszeit, wo in Deutschland 4 Millionen Arbeiter erwerbslos sind, ist ein Verbrechen. Die Belegschaft fordert, daß alle bereits angekündigten Entlassungen rücksichtig gemacht werden. Den von der Firma gesonderten Lohnabbau lehnt die Belegschaft mit aller Entschiedenheit ab. Die Versammlung stellt der Firma auf ihre unerhörten Maßnahmen folgende Forderungen gegenüber:

**20% Lohnherabsetzung für alle Arbeitern und Arbeiter des Betriebes,  
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit,  
Scheinentlassung oder Biergärtchenwoche bei vollem Lohnausgleich.**

Die Belegschaft forderte von der gewählten Kampfleitung, diese Forderungen der Firma zu unterbreiten. Bei Ablehnung dieser Forderungen beschloß die Belegschaft die Aufnahme des Kampfes.

Die gewählte Kampfleitung wurde von der Betriebsversammlung beauftragt, nach den Verhandlungen mit der Firma eine neue Betriebsversammlung einzuberufen, in der endgültige Beschlüsse gefaßt werden sollen.

## Ausschluß der oppositionellen Buchdrucker

In Nürnberg wurden die Genossen Stephan und Hodard aus dem Buchdruckerverband ausgeschlossen. Der Ausschluß des Genossen Stephan erfolgt, weil er am Beiratss Kongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition teilgenommen und dort gesprochen hat. Gen. Hodard wird ausgeschlossen, weil er in einer Mitgliederversammlung des Verbandes einen Antrag eingereicht hat, der die Bekämpfung dieses Kongresses forderte.

Zuletzt werden nun der Bürokratie der graphischen Verbände oppositionelle Genossen wegen ihrer politischen Überzeugung ausgeschlossen. Es ist notwendig, daß die Opposition überall den Kampf gegen diese Ausschlußoffensive verstärkt.

## Beschäftigungsgrad im sächsischen Bauunternehmen

Die Erhebung am 19. Mai erzielte sich auf 69.545 Mitglieder. Davon waren arbeitslos: 16.434 Maurer, 14.306 Bauarbeiter, 10.272 Tiefbaubarbeiter, 3.666 Zementarbeiter, 2.510 Maurer, 1.419 Stahlarbeiter, 6.022 Töpfer, 1.910 Allesleger, 3.322 Glaser, 1.510 Pfisterer, 1.429 Poliere, 809 Lehrlinge, 26 weibliche Mitglieder. Die Arbeitslosigkeit beträgt 48 Prozent.

## Öffentliche Bauarbeiterversammlung

in Freital heute Dienstag 19.30 Uhr im Döbelner Hof.

## Resolution des Reichskomitees der RGS zum Abbau der Erwerbslosenunterstützung

Der Vorstand der Reichsanhalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenvermittlung hat der Reichsregierung Vorschläge gemacht, die den Forderungen der deutschen Arbeitgeber entsprechen. Diese neuen Abbauvorschläge sind ein Teil der allgemeinen Offensive der Unternehmer auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Sie sind gleichzeitig die Fortsetzung der im vorjährigen Jahre von der Koalitionsregierung, den SPD und den ADGB-Führern eingeleiteten Maßnahmen zur Aushebung der Erwerbslosen.

Der Bundesvorstand des ADGB hat in einer Entschließung am 5. Mai d. J. folgende Forderungen aufgestellt:

**Befreiung der Arbeiterschaft, Bereitstellung von Mitteln zum härteren Ausbau der Notstandsarbeiten, Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe bei unbegrenzter Bezugsdauer.**

Diese „Forderungen“ sind ein neues Betrugsmäuler, um die Arbeiterschaft vom Kampf gegen ihre Aushebung durch die kapitalistischen Ausbeuter abzuhalten.

Die Führer des ADGB haben bisher jeden Kampf um Befreiung der Arbeiterschaft unterbunden. Sie haben alle Scheidspurche der Schlichtungsinstitutionen anerkannt, die eine Arbeitszeit von 31, 34, ja bis zu 60 Stunden pro Woche vorsehen. Ihre Beauftragten in der Koalitionsregierung, Hilferding und Wissell, haben die Mittel zum Ausbau der Notstandsarbeiten und zur Unterstützung aller Erwerbslosen verweigert.

Am 3. Oktober 1929 sind auf Vorschlag des Arbeitsministers Wissell und mit Zustimmung der ADGB-Führer im Reichstag Abbaumaßnahmen durchgezogen worden, wodurch den Erwerbslosen über 100 Millionen RM jährlich geraubt werden.

Wiederholen Sie die Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion auf Unterstützung alter Erwerbslosen und insbesondere auf Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe niedergelegt.

Die Beitrags erhöhung von 3 auf 3,5 Prozent ab 1. Januar ist durch das Betreiben der ADGB- und SPD-Führer eingetragen.

Der Vorschlag der Koalitionsregierung auf weiteren Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung bei gleichzeitiger Beitrags erhöhung vom 5. März fand die Zustimmung der gesetzlichen Sozialforschungskräfte.

Die Erwerbslosen und Betriebsarbeiter werden die schändliche arbeiterfeindliche Haltung der ADGB- und SPD-Führer nicht vergessen. Sie erkennen immer deutlicher, daß sie nur unter Führung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition die Offensive der Unternehmer erfolgreich abwehren können.

Das Reichskomitee zur Förderung der revolutionären Gewerkschaftsopposition beschließt deshalb, sofort alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Kampf der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter zu organisieren für folgende Forderungen:

**Erhöhung der Reallöhne, entsprechend der Preiserhöhung der Lebenshaltung und der gestiegenen Arbeitsintensität.**

**Ablehnung jeder Überstunde, Befreiung des hohen Tempos und der Allzordarbeit am Laufenden Band.**

**Erhöhung des Siebenstundentages bei vollem Lohn ausgleich.**

**Befreiung der Notstands-, Pflicht- und Fürsorgearbeit, da die Einstellung der Arbeitslosen als Vollarbeiter zu den der Arbeit entsprechenden Tariflöhnen.**

**Befreiung der Zwangs- und Strafmaßnahmen, sowie des Klassenystems in der Erwerbslosenunterstützung.**

**Ausreichende Unterstützung für alle erwerbslosen Männer, Frauen und Jugendlichen während der ganzen Dauer ihrer Erwerbslosigkeit.**



# Rund um den Erdball

## Düsseldorfer Kopfjäger verhaftet?

Seine Festnahme kein Verdienst der Polizei, sondern ein Zufall

Ein Brief, der seinen Empfänger verfehlte, zeigt der Polizei den Weg

Nicht durch Zufall gelang es am Sonnabend einen Mann festzunehmen, von dem die Polizei glaubt, daß er der geheimnisvolle Kopfjäger ist, dessen grausige Taten Wochen und Monate die ganze Welt in Spannung hielten. Der Verhaftete, ein 47jähriger Maurer, namens Peter Kürten, führte in seiner Wohnung Mettmanner Straße 71, im Stadtteil Düsseldorf-Glingern, an dessen Grenze auch verschiedene Mordeaten und Überfälle verübt worden sind, in einem Mansarden-Zimmer mit seiner Frau ein völlig unauffälliges Leben. Nur durch die falsche Adressierung eines Briefes, der der Kriminalpolizei in die Hände fiel, ist es zu seiner Verhaftung gekommen. In diesem Briefe schildert die Hausangestellte Sophie K. einer Freundin, daß ihr etwas Durchbares passiert sei. Sie sei von einem Manne vergewaltigt worden. Die Kriminalpolizei ermittelte die Briefschreiberin und diese fand schließlich das Haus wieder, in das sie von Peter Kürten verschleppt worden war.



Der als Kopfjäger verhaftete Peter Kürten

### Der Mörder als „Frauenbeschützer“

Düsseldorf, 26. Mai. (Eig. Bericht). Wie aus dem aufgefangenen Brief weiter hervorgeht, ist Sophie K. auf dem Wege zu einem Mädchenheim von einem Mann angesprochen worden, der zudringlich wurde. Kürten, der die Szene beobachtete, mischte sich in das Gespräch ein und trat als Beschützer des Mädchens auf. Er nahm es mit in seine Wohnung, wo die K. aber nicht bleiben wollte. Der Verhaftete begleitete dann das Mädchen durch den

Graefenberger Wald und vergewaltigte es dort.

Dieses Verbrechen geschah am 14. Mai und gelangte nur durch den Zufall des falsch adressierten Briefes zur Kenntnis der Polizei. Mit einem großen Aufgebot von Kriminalbeamten wurde Kürten, als er sich am Sonnabend mit seiner von ihm getrennt lebenden Frau treffen wollte, verhaftet.

### Das Vorleben Kürtens

Der Verhaftete ist in seinem Vorleben bereits oft mit den Straftaten in Konflikt gekommen. Das erstmal wanderte er mit 16 Jahren ins Gefängnis. Und seitdem ist er, dor 47jährige, bereits siebzehnmal dort gewesen. Als Neunzehnjähriger verlor er mit Gewalt eine ehemalige Mitschülerin sich hörtig zu machen.

Da aber das Mädchen nichts von ihm wissen wollte, bedrohte er es mit einem Messer und gab auf den Vater des Mädchens, der ihn verwarf, mehrere Schläge ab, die aber ihr Ziel verschafften. Auch als Heiratschwindler hat er sich oft erprobt. Wiederholte hat er Dienstmädchen die Ehe versprochen, ohne aber sein Wort zu halten. Meistens nahm er ihnen die Ersparnisse ab. Unter Kürtens 17 Verstrafen befinden sich allerdings keine Sittlichkeitsdelikte. Einmal ist er wegen schweren Diebstahls zu sechs und ein anderes Mal zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei seinen Heiratschwindel operierte er stets mit gefälschten Papieren.

### Was man in seiner Mansarde fand

Trotzdem die Düsseldorfer Kriminalpolizei keinerlei Anfang erhielt, wird bekannt, daß bei der Durchsuchung des Kürten'schen Mansardenzimmers eine Aktentasche mit zwei funktionsfähigen Scheren sowie ein Damenklopfiegel gefunden wurde. Desgleichen eine große Schaufel, die er nach seinem Gesündes bei der Eingrabung der ermordeten Maria Hahn in Papendieck benutzt hat. Ferner soll ein Sparkassenbuch über 6000 Mark und 15 Bindgaden gefunden sein.

### Zwölfstündigtes Kreuzverhör

In dem zwölfstündigigen Kreuzverhör, bei dem sich der Verhaftete sehr zurückhaltend benahm, gestand Kürten, den Mord an der blühenden Rosa Ohlinger und dem 54jährigen Invaliden Scheer begangen zu haben.

Auch den Nebenzoll auf Frau Kühn am 3. Februar 1929 gestand er ein. Weiter gab er zu, die Mörderbriefe geschrieben



Kürten's Mansard in the Mettmannstraße

## Lübeck: 25. Säugling hingemordet

Wann erfolgt die Verhaftung der Mörder?

Lübeck, 26. Mai. Unerhörtlich steigt die Zahl der Todesopfer des Colmette-Schüsseches. Nunmehr ist der 25. Säugling proletarischer Herkunft durch den verbrecherischen Deliktsmord des Lübecker Gesundheitsamtes hingemordet. 19 Neuerkrankungen sind allein in den letzten Tagen wieder gemeldet worden. Insgesamt befinden sich 87 erkrankte Säuglinge in ärztlicher Behandlung, wovon eine ganze Anzahl mit dem Tode ringt. 100 Säuglinge, die ebenso wie mit dem „Schußstock“ verseucht wurden, stehen unter Beobachtung. Man befürchtet, daß viele der Erkrankten dauernd leichbleiben werden, da ihre Körper durch und durch mit Tuberkelbazillen verdeckt sind. Von einer Verhaftung der Schuldigen an diesem furchtbaren Massaker ist bis zur Stunde allerdings keine Rede.

## Neue Erdrußsche in Bienenburg

Ein Mann versinkt vor den Augen seiner Angehörigen

Bienenburg, 28. Mai. Im Gefahrenbereich der ersoffenen Kalischächte sank am Montag vormittag ein Mann, der auf dem Hof seines Grundstücks in der Nähe der Zuckfabrik stand, plötzlich vor den Augen seiner Angehörigen in einen 6 Meter tiefen Erdspalt. Nach schwierigen Rettungsarbeiten konnte der Verschüttete schließlich mit schweren Kopfverletzungen gerettet werden. In den angrenzenden Häusern sind neue Erdrisse entstanden.

## 8400 Meter Höhenflug



Nach wiederholten vergeblichen Versuchen hat jetzt der Darmstädter Pilot Voigt auf dem Leichtflugzeug „D 18“ eine Höhe von 8400 Metern erreicht. Die bisherige Höchstleistung für Leichtflugzeuge steht auf 7730 Metern. Unser Bild zeigt das Flugzeug, oben rechts den Piloten.

## Massenvergiftungen durch Speiseeis

Wolfsbüttel, 26. Mai. Nach dem Genuss von Speiseeis, das von einem Händler selbstgemacht wurde, sind hier in den letzten Tagen 40 Personen, zum Teil Kinder, erkrankt.

Die Krankheitserhebungen äußern sich in Erbrechen und Fieber. Die bakteriologische Untersuchung ergab, daß Paratyphusbazillen die Ursache der Erkrankungen waren. Auch aus Detmold kommt die Meldung von Massenerkrankungen durch den Genuss vergifteten Speiseeises. Hier sollen insgesamt 41 Personen, davon 39 Kinder, erkrankt sein. In Bad Salzuflen sind 23 Personen betroffen. Aus Schötmar, Linnemannsbach und Holzhausen werden ebenfalls Massenerkrankungen gemeldet. Der Verkauf von Speiseeis ist in den genannten Orten bis auf weiteres verboten.

## Feuergefecht zwischen Alkoholschmugglern

4 Personen getötet — 15 schwer verletzt

New York, 28. Mai. In Little Rock, im amerikanischen Staate Arkansas, kam es bei hellstem Tage auf offener Straße in einem hartnäckigen Feuergefecht zwischen zwei feindlichen Alkoholschmugglerbanden. Dabei wurden vier Schmuggler getötet und 15 Personen, darunter unbeteiligte Passanten, mehr oder weniger schwer verletzt.

### Belgischer Urlauberzug entgleist

Nach einer Meldung aus Verviers entgleiste am Sonntag ein belgischer Urlauberzug, der mehrere hundert Urlauber der belgischen Armee beförderte, beim Einlaufen in den Bahnhof von Westende-Herbesthal. 12 Soldaten wurden dabei verletzt.

### Ein Kind mit zwei Köpfen geboren

Im Entbindungsheim der Stadt Wien, im ehemaligen Brigittenspital, hat vor einigen Tagen eine neunzehnjährige Frau ein lebendes Kind geboren, das wohl als eines der größten medizinischen Seltenheiten zu bezeichnen ist. Das Kind hat zwei Köpfe.

### 6 Gebäude durch Blitzeinschlag eingäschert

Bei den schweren Gewittern, die am Sonntag über Medienburg hinwegzogen, wurden im Amt Parchim sechs Gebäude durch Blitzeinschlag eingäschert. In Stavenhagen wurde eine Frau beim Plätzen vom Blitzeinschlag getroffen, sie trug Lähmungen davon.

## Krokodilstränen

Zaristischer Museumsdirektor über sowjetische Kunstverkäufe

Professor Dr. Valentin Subloff, ehemaliger Schlossmuseumsdirektor in Russland, sprach vorige Woche über „Die Kunstsäfte in Russland.“ Er lädt die Gelegenheit nicht vorbeiziehen, ohne über den Verlust der Kronen des alten Russlands zu jammern und in der „Sendung“ und der „Deutschen Welle“ seine schriftstellerischen Erzeugnisse an den Mann zu bringen. Trotz seiner absolut konterrevolutionären Einstellung steht er aber dem Werk der Sowjetunion objektiv gegenüber als gewisse „Arbeiter“vertreter. Er schreibt in den genannten Kunstzeitchriften:

Der kommunistische Staat, der eine neue Weltordnung schaffen will, der den großartigen Plan entworfen hat, das auf Jahrhunderte rückständige Land in fünf Jahren wirtschaftlich von der übrigen Welt unabhängig zu machen, braucht etwas anderes als Kunstwerke, die für ihn nur den Luxus der ehemals besitzenden Klassen bedeuten. Maschinen für Fabriken und Landwirtschaft, Rüstung zurVerteidigung der jungen Staatsform scheinen ihm für seine Existenz wichtiger. Dazu braucht er Deniken, und Deniken gibt es im Ausland für Kunstwerke. Fürs erste noch zahlt, nur das weniger Bedeutende auf den Markt werfend, beginnt der Bolschewismus mit der Zersetzung der Kunsthäuser Russlands, aber bald wird das erste Jürgen überwunden sein, und eine Art von Werken, degradiert zum Begriff Ware, wird sich auf den europäischen Kunstmarkt ergießen. Von seinem Standpunkte mag ja der neue Staat recht haben, wie aber verfolgen mit Trauer dieses Werk der Zersetzung von Kulturmärtern und von historischen Ueberlieferungen.“

Ja wohl! Mit seinen Ausführungen hat der Mann bedingt recht. Ueberflüssige Heiligenbilder und Monstranzen, für welche die Bourgeoisie Schätzchen hat und die, mit Gold und Edelsteinen verziert, hoher Wert besitzen, werden im Ausland verkaufen. Traktoren, Schiffe, Maschinen sind wichtiger und helfen mit die Voraussetzung für den kulturellen Aufstieg dieses Volkes zu erfüllen, den die Geldgeber dieses Grafen mit seiner Hilfe verhindern wollen.

(Was der soeben erschienenen Nr. 17 des „Arbeiter-Freunds“ aus dieser Zeit ist, geht den vorher erschienenen, recht illustriert.)

## Rundfunk für Taubstumme

40 Taubstumme einer Schweizer Wirtschaft hören vor einigen Tagen zum erstenmal in ihrem Leben ein Konzert. Hier wurde eine Rundfunkanlage in Gebrauch genommen, der eine Anzahl besonders für Taubstumme eingerichtete Kopfhörer angeschlossen sind. Wie die „Hörer“ berichten, haben sie einen guten Empfang gehabt.